

## **Bernd Abeln**

Vorsitzender der CDU Kreistagsfraktion

Redebeitrag zum Haushaltsplan 2012 – 7. Dezember 2011

Es gilt das gesprochene Wort

Anrede

Landrat Oliver Quilling hat in der letzten Kreistagssitzung den Haushaltsplan 2012 und das Haushaltssicherungskonzept für die nächsten Jahre eingebracht.

Er hat die Zahlen, die diesen Haushalt bestimmen, ausführlich erläutert. Sie ändern sich auch nicht dadurch, dass ich sie hier wiederhole. Deswegen will ich weitgehend darauf verzichten.

Den Plan und sein Konzept, die Zahlen, Annahmen und Festlegungen, die er, der Kämmerer und der Kreisausschuss damit vorgelegt haben, akzeptieren wir. Diese Zahlen haben sich im Lauf der Beratungen in der ersten Aktualisierung erst um rund 2,5 Mio Euro negativ, dann in der zweiten um rund 5 Mio Euro positiv verändert, so dass wir jetzt voraussichtlich um rund 2 Mio Euro besser dastehen als ursprünglich eingeschätzt. Das ist nicht wirklich gut, denn 2011 liegen die Einnahmen um 7,2 Mio Euro höher. Dem Kreis geht es finanziell schlecht. Aber es ist die Realität und aus der müssen wir das machen, was möglich ist.

In einem Punkt teilen wir die Vorlage des Kreisausschusses nicht: bei der Festsetzung des Hebesatzes der Kreisumlage. Wir haben bisher keine Erhöhung der Kreisumlage beschlossen, um die Gemeinden nicht zusätzlich zu belasten. Dies bekräftigen wir, auch wenn die Erhöhung nicht mehr so hoch ausfällt und auch wenn der Regierungspräsident wahrscheinlich wiederum damit nicht einverstanden ist. Bei diesem Signal bleibt es auch heute, auch wenn das Defizit des Kreises um 1,7 Mio ca. höher wird.

Weil wir ansonsten die Festsetzungen des Entwurfs teilen, haben wir auch keine weiteren Anträge gestellt, die die Zahlen des Haushalts verändern. Aus unserer Sicht gibt es zu diesen Zahlen keine realistische Alternative oder gar eine substantielle Verbesserung. Dass der Kämmerer und der Kreisausschuss sorgfältig planen, zeigt sich auch daran, dass wir in diesem Jahr keinen Nachtrag brauchten. Wir gehen davon aus, dass dies für 2012 ebenso ist.

Dieser Haushalt ist ein Produkt der Notwendigkeiten, nicht des Wünschbaren.

Es wird Sie nicht verwundern, wenn ich gleich zu Beginn erkläre:

Meine Fraktion und ich stimmen diesem Haushalt mit all seinen Bestandteilen und Teilplänen ebenso zu wie dem Haushaltssicherungskonzept – mit Ausnahme der Höhe der Kreisumlage und ihrer Folgen.

Wir danken dem Kreisausschuss, dem Kämmerer, dem Landrat und der 1. Kreisbeigeordneten für die damit verbundene Arbeit; ebenso aber auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei für die Arbeit bei der Aufstellung dieses Haushalts.

Und ich bedanke mich vor allem bei allen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Kreisverwaltung für die gute, engagierte Arbeit im zurückliegenden Jahr.

Denn der Haushaltsplan und seine Aufstellung ist eine Sache; die Arbeit für die Bürgerinnen und Bürger unseres Kreises zu leisten, ist eine andere, unsere eigentliche Aufgabe. Der Haushalt gibt – nur – den finanziellen Rahmen. Wesentlich ist die tägliche Arbeit selbst, sind die Leistungen, die der Kreis seinen Bürgern und Bürgerinnen schuldet und die er auch erbringt, die Pflichtleistungen, die freiwilligen Leistungen: gut, sparsam und zielorientiert – in einem Rahmen eben, dessen finanzielle Ausprägungen und Voraussetzungen dieser Haushalt schafft wie all seine Vorgänger und Nachfolger. Für diese Arbeit braucht es Menschen, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und diese Arbeit wird nach meinem, nach unserem Eindruck von den Kolleginnen und Kollegen unserer Verwaltung in einem sehr ordentlichen Maß getan, und dafür gebührt ihnen unser Dank.

Dass wir so sparsam wie möglich wirtschaften, ist heute mehr denn je zuvor bitter notwendig. Diesem Anspruch wird der Haushalt nach unserer Einschätzung in dem ihm möglichen Maß gerecht.

Seit Jahren bemüht sich der Kreis um die Konsolidierung. Durchaus erfolgreich, denn die Resultate dieser Anstrengungen summieren sich auf immerhin 60 Mio Euro pro Jahr, über die Jahre hinweg eine beachtliche Summe. Dass wir mit den Konsolidierungsanstrengungen nicht nachlassen dürfen, ist selbstverständlich und dringender denn je.

Bisher ist diese Konsolidierung gelungen, ohne dass Leistungs- oder Qualitätseinschränkungen deutlich spürbar waren. Ob wir das in Zukunft halten können, halte ich für äußerst zweifelhaft. Aber auch bei deutlichen Einschränkungen wird das Angebot des Kreises immer noch anspruchsvoll und beachtlich bleiben, vor allem im Bildungs-, im Schulbereich.

Dass wir uns einschränken, wird vor allem durch die Schuldenbremse noch notwendiger als bisher. Diese umzusetzen wird nach unserer Einschätzung aber tendenziell leichter als bisher, weil auch die überwiegende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger erkannt hat, dass nur solide Finanzen der öffentlichen Hand eine Grundlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Staates sind und dies auch zunehmend akzeptiert. Ich hoffe, die Mehrheit akzeptiert auch die Einschränkungen, die sie selbst betreffen.

Ich bin davon überzeugt, dass letztlich jeder spürt, dass zu hohe, nicht finanzierbare Schulden schon jetzt und nicht erst in Jahrzehnten die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und damit auch unseres Kreises aufs Spiel setzen. Das Motto: „Es ist immer noch irgendwie gut gegangen.“ sollte jedenfalls nicht mehr mehrheitsfähig sein. Beispiele wie Griechenland und andere Länder schrecken ab und lehren uns, jetzt noch vorsichtiger zu wirtschaften als wir dies bisher schon getan haben.

Viele Bürgerinnen und Bürger haben dies nach meiner Einschätzung weitgehend akzeptiert. Die Opposition in diesem Hause aber weitgehend nicht! Wie anders lässt es sich erklären, dass praktisch alle Haushaltsanträge der Bündnis90/Grünen mit neuen, höheren Aufwendungen verbunden sind und auch keine Gegenfinanzierung vorgeschlagen wird. Die Vorschläge verbessern auch nichts. Es wird wohl noch nicht begriffen, dass wir uns auf das Wesentliche beschränken müssen; dass wir das, was wir erreicht haben, halten wollen aber nicht weiter ausbauen können.

Weitere Einsparvorschläge machen Sie nicht. Wozu auch. Fürs Sparen ist offenbar nur die Mehrheit zuständig. Wir tun das. Wir stellen uns dieser Herausforderung. Und die Tatsache, dass Sie keine Einsparvorschläge gefunden haben, zeigt mir, dass auch aus Ihrer Sicht der Haushalt keine wirkliche Alternative hat, im Kern in Ordnung ist und wohl kaum zu verbessern. Da Ihre Haushaltsanträge also zur Verbesserung der Lage nichts beitragen, lehnen wir sie im Großen und Ganzen ab..

Die Vorschläge der FDP kennen wir weitestgehend aus den zurückliegenden Jahren schon. Sie tragen zur Verbesserung des Haushalts ebenfalls nichts bei. Deswegen lehnen wir sie ebenso ab wie die Anträge der Grünen, soweit sie sich mit konkreten, jetzt haushaltswirksamen Maßnahmen befassen. Auch von der FDP kommen nämlich keine Vorschläge, die den Haushalt verbessern könnten.

Die FWG möchte erst einmal 300 000 Euro ausgeben, um Einsparungen ausschließlich beim Personal zu gewinnen. Nur das Personal soll nach Ansicht der Freien Wähler-Die Bürger die Last tragen. Externe sollen Vorschläge machen. Eigene Vorschläge scheut man. Externe haben aber nicht per se eine bessere Erkenntnis als der Kreisausschuss und wir selbst.

Wir gehen einen anderen Weg, einen Weg, der die Motivation unserer Mitarbeiter erhalten will: denn die Leistung unserer Mitarbeiter für die Bürgerinnen und Bürger ist die wichtigste Ressource, die wir haben. Eine Personalanpassung muss also mit Augenmaß erfolgen. So geht der Kreisausschuss seit Jahren aufgrund von interkommunalen Leistungsvergleichen vor, damit notwendige Anpassungen realisiert werden können, aber mit so wenig Leistungseinbußen wie möglich. 60 Mio Einsparungen pro Jahr, die wir erreicht haben, sind schon ein Wort. Wir haben mittlerweile eine der niedrigsten Personalquoten pro 1000 Einwohner für die Kernverwaltung hessenweit – 2,27 bei uns und im Durchschnitt 3,08 – und in den letzten Jahren seit 2004 bis 144,5 Stellen und 285 Personen weniger.

Für uns bedeutet die Finanzlage des Kreises konkret: Wir können nichts Neues investieren und uns damit neue laufende Lasten aufladen.

Besonders im Schulbereich ist dies gut vertretbar, weil wir durch Investitionen von deutlich mehr als 400 Mio Euro überall vorzeigbare Schulen haben, die unserem Nachwuchs beste Bedingungen bieten.

Das ist gut so, reicht aber auch. Weil wir uns mehr nicht leisten können, wollen wir es bei der Förderung der Betreuungsangebote an Schulen, die Sache der Städte und Gemeinden sind! , bei dem gegenwärtigen Zustand belassen und nur noch drei Maßnahmen, die bereits in 2011 etatisiert waren, als vorläufigen Schlusspunkt realisieren.

Bildung, die inhaltliche Arbeit in den Schulen und ihr laufender Betrieb hat nach wie vor bei uns die erste Priorität. Dem tragen wir auch dann in diesem Bereich Rechnung, wenn wir nichts zusätzlich investieren, weil wir dies in den vergangenen Jahren mehr als genug getan haben.

Und auch dann, wenn die Dichte an PCs in Schulen reduziert wird, ist der verbleibende Zustand deutlich besser als fast überall in den Schulen anderer Kreise und Städte. Unsere Kinder haben in den Schulen baulich und ausstattungsmäßig immer noch vorzügliche Bedingungen und es ist grenzwertig, wenn Sie den Eindruck erwecken wollen, die Schulen des Kreises fielen Jahre oder Jahrzehnte zurück, wenn einige PCs weniger zur Verfügung stehen. Es ist und bleibt ein Verdienst der Kreisgremien und ein Pluspunkt des Kreises Offenbach, dass er nach wie vor eine hervorragende Schullandschaft hat und aufrechterhält.

Genau wie in den vergangenen Jahren ist der Sozialbereich der am meisten kritische Bereich, was seine Finanzierung angeht. Lediglich einige Änderungen in der Finanzierung durch den Bund werden uns in Zukunft einige Entlastung bringen. Nach wie vor brauchen wir aber eine uneingeschränkte Umsetzung des Konnexitätsprinzips: Wer die Aufgabe auslöst und selbst ihre Durchführung regelt, muss dies auch voll bezahlen. Das ist nicht geschafft und dies belastet uns nach wie vor.

Gleichwohl bin ich, was den Kreis, den Kreistag und die Verwaltung angeht, optimistisch, dass wir unsere Aufgaben für die Bürger und Bürgerinnen nachhaltig erfüllen können. Freiwillige Leistungen zusätzlich kann es dabei kaum geben, Neues werden wir in den nächsten Jahren aus eigener Kraft kaum beginnen können, aber wir können das was wir haben – evtl. mit einigen Abstrichen – im Großen und Ganzen halten. Das ist in Zeiten wie diesen nicht wenig.

Der vorgelegte Haushalt und das Sicherungskonzept geben dafür einen geeigneten Rahmen, eine geeignete Grundlage. Deshalb stimmen wir – wie eingangs bereits gesagt – auch beiden zu.

Dank